

Zeitschrift: Zivilschutz = Protection civile = Protezione civile
Herausgeber: Schweizerischer Zivilschutzverband
Band: 33 (1986)
Heft: 12

Artikel: Verantwortungsvolles Handeln tut not! : Es geht alle an
Autor: Muheim, Franz
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-367483>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

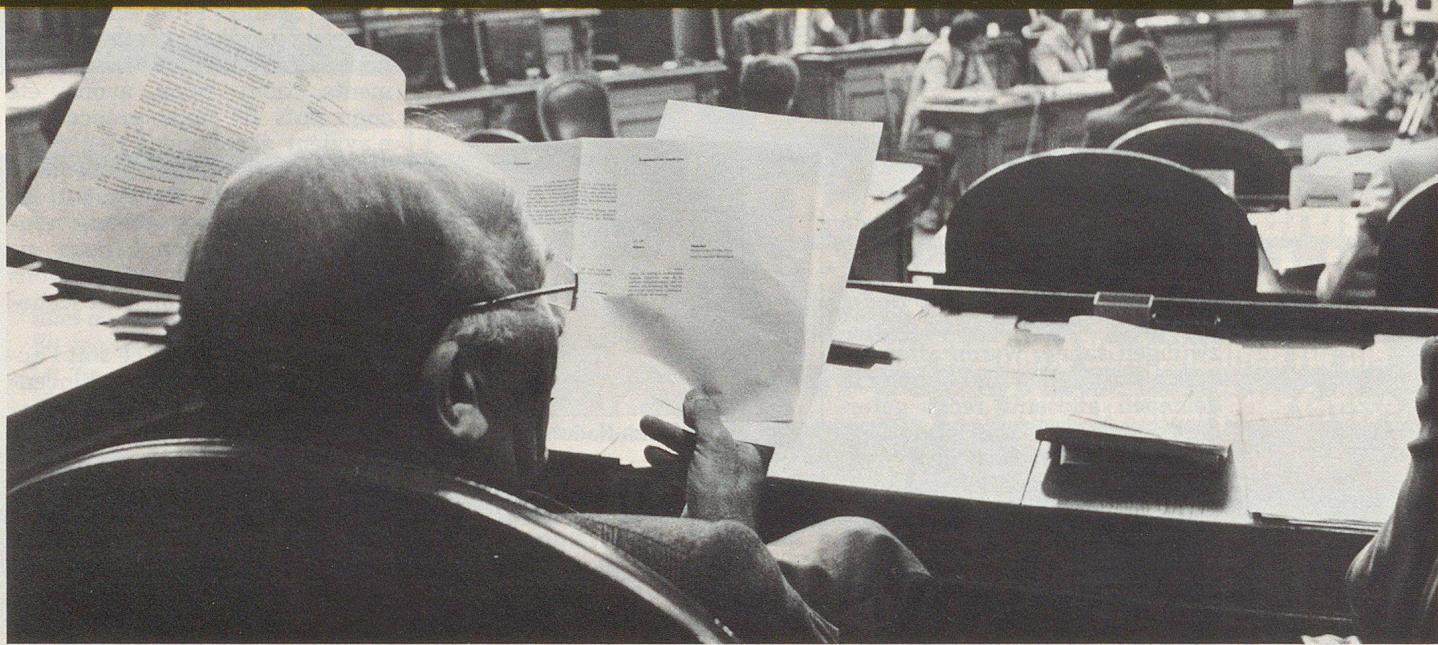
Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 16.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Verantwortungsvolles Handeln tut not!



Im Anschluss an die ordentliche Herbstsession 1986 tagten die eidgenössischen Räte zum Thema «Tschernobyl». Diese Sondersession kam aufgrund einer Initiative der SP, teilweise unterstützt vom LdU und den Grünen, zustande.

Weniger emotionsgeladen als in der Sommersession, aber auch ohne greifbare Ergebnisse – so die Aussage eines Mitglieds des Nationalrates – wurde in der grossen Kammer während gut zweier Tage über Sinn beziehungsweise Unsinn eines allfälligen Ausstiegs aus der Kernenergie debattiert. Ein weiterer Unterschied zur ersten Tschernobylrunde im Rat war, dass heute die Ursachen des Unglücks der Leninkraftwerke bekannt waren: mehrfaches unverständliches menschliches Versagen und ungenügende Technologie bezüglich Sicherheit.

Der Ständerat verabschiedete in Halbtagesfrist ein Postulat, worin der Bundesrat zur Ausarbeitung und Vorlegen eines sämtlichen Aspekte umfassenden Szenarios bezüglich Ausstieg aus der Kernenergie aufgefordert wird.

Wir stellen Ihnen in der Folge dieses Postulat samt Detailausführungen (gekürzt) dazu vor, gefolgt von einem Interview mit Ständerat Franz Muheim (Uri) über grundsätzliche Überlegungen zum Jahrhunderthema Tschernobyl.

Lesen Sie in gekürzter Form die das Postulat begleitenden Ausführungen von Ständerat Franz Muheim:

Es geht alle an

Wenn uns das Ereignis Tschernobyl alle zutiefst berührt hat, dann nicht nur wegen der schwer betroffenen Bevölkerung in der Ukraine, sondern auch wegen der jahrelangen unversöhnlichen Auseinandersetzung um die Kernkraft in unserem eigenen Lande. Es besteht die Gefahr, dass in diesem Zusammenhang Land und Volk einer politischen Zerreissprobe entgegengehen.

Mit Schlagworten für oder gegen den Ausstieg – monatelanges Thema beinahe sämtlicher Medien – wurden die gegensätzlichen Meinungen im Volk offen gelegt – ein Auftrag für die Politik und damit auch die Ständeräte, sich damit ernsthaft zu befassen. *Verantwortungsvolles Handeln tut jetzt not*. Verantwortung aber setzt voraus, dass man um die Folgen weiß. *Wir alle müssen uns damit auseinandersetzen*, was ein Ausstieg aus der Kernenergie in allen Bereichen unseres Lebens bedeuten würde. Es geht beim anbegehrten Bericht des Bundesrates um die *Darstellung der «wahren Situation»*.

So gliedere ich meine Ausführungen in drei Bereiche: Wirtschaft, Politik und Geistesgeschichte.

Wirtschaft: Kosten, Wohlstand, Ausland-Abhängigkeit

Wirtschaftliche Kosten bezüglich Kernkraftausstieg werden sich ganz klar in zwei Bereichen ergeben. Da sind auf der einen Seite die Kosten zu ermitteln, welche ein sofortiges Stilllegen oder Abschalten der Kernkraftwerke den Unternehmern verursachen wer-

Text des Postulates Muheim

Im Verlaufe der Zeit wurde die menschliche Körperkraft in zunehmendem Massen durch technisch erzeugte Energie abgelöst. Während einiger Jahrzehnte schien Energie in der Form von Elektrizität und auf der Basis des Erdöls grenzenlos käuflich und ohne Schwierigkeiten machbar. In der Nachkriegszeit bis heute nahm der Bedarf an Energie explosionsartig zu. Dies nicht zuletzt als Folge unserer *hochentwickelten technisch-industriellen Zivilisation* und des allgemein angewachsenen Wohlstandes. Elektrische Energie aus den Kernkraftwerken verminderte das Risiko einer drohenden Verknappung, nachdem gleichzeitig der Ruf nach Minderverbrauch von umweltbelastendem Erdöl unüberhörbar wurde. Die Forschung und Entwicklung sowie die Anwendung von Alternativenergien wurden nachdrücklich gefordert. Gleichzeitig entwickelte sich eine politisch brisante öffentliche Auseinandersetzung um die Kernenergie. Polarisierungen bis hin zu Unversöhnlichkeiten sind Ausdruck der heute in der Kernenergie liegenden Bri-

sanz. Es wird der Stopp des Weiterausbaus von Kernkraftwerken oder sogar der «völlige Ausstieg aus der Kernenergie» nachdrücklich gefordert.

Wir laden daher den Bundesrat ein, einen allgemein verständlichen, sachlich umfassenden und inhaltlich fundierten Bericht zu erstatten über die mit einem sofortigen oder schrittweisen Verzicht auf Energie aus Kernkraftwerken verbundenen vielfältigen und ernsthaften Folgen in Wirtschaft, Gesellschaft und Staat.

Dieser Bericht hat dabei die anerkannten Grundsätze des Sparsens, der Forschung, der Substituierung, der Umweltverträglichkeit sowie der relativen Kostengünstigkeit der Energieversorgung unseres Landes zu berücksichtigen. Nicht zuletzt hat der Bericht auch die daraus möglicherweise entstehenden Auslandabhängigkeiten nicht nur beim Erdöl, sondern auch beim Zukauf von Erdgas und elektrischer Energie aus Kernkraftwerken ausländischer Staaten in Ost und West darzustellen.

Mitunterzeichner:
Binder, Dreyer, Genond, Kündig, Meier Hans, Meier Josi, Schönenberger

den. In diesem Zusammenhang sind die finanziellen Belastungen der Energiekonsumenten erreichbar. Auch die zusätzlichen Aufwendungen der öffentlichen Hand gilt es zu ermitteln und: Wer deckt diese Ausgaben?

Auf der andern Seite ist es völlig illusorisch, den Einstieg in neue Energien als «Gratisprodukt», zum Beispiel der Forschung zu erhoffen. *Investitionen, Entwickeln von Know-how für neue Energietechnologien usw. kosten Geld.*

So steht der Wohlstand des einzelnen Bürgers mit dem Energieproblem in engstem Zusammenhang. Es ist unsinnig zu glauben, ein kurzfristiger Ausstieg oder ein Soforfausstieg werde nicht am erreichten Lebensstandard unliebsam rütteln! Dieser ist doch nur mittels Bereitstellen technischer Energie anstelle von menschlicher Körperfunktion ermöglicht worden.

Wohlstand bedeutet einerseits Erleichterungen (Effizienz) im privaten und geschäftlichen (wirtschaftlichen) Bereich, Wohlstand heißt aber auch soziale Leistung, *soziale Sicherheit*.

Zu den Bereichen Kosten und Wohlstand kommt derjenige der Aussenbeziehung dazu: Ausser dem Rohstoff Wasser importiert die Schweiz alle wichtigen Primärenergieträger (Erdöl, Erdgas, Uranium usw.), aus dem Ausland und davon nicht wenig aus den Ländern unterentwickelter Völker. Wie sollen denn diese ihren eigenen Energiebedarf, der ja auch Voraussetzung ihres Fortschritts materieller Art ist, decken? *Ist es richtig, wenn wir in fortgeschrittenem Land auf die (zweifellos risikobehaftete) Kernkraft verzichten und den nach Fortschritt und Wohlstand strebenden Völkern der Dritten Welt ihre Primärenergien wegnehmen?*

Politik: Freiheit, Zusammenhalt, Demokratie

Keiner wird bestreiten, dass wir in einem ganz bestimmten politischen Umfeld leben und handeln. Wenn wir nun von der notwendigen Verträglichkeit der Umwelt, des Sozialbereichs, der Kosten sprechen, gehört die politische Verträglichkeit mit dazu.

Dazu gehört zuallererst die *Freiheit des Bürgers*: Das Einführen einer neuen Energiepolitik (und seien es auch «nur» Sparmassnahmen) setzt staatliche Eingriffe (Beschlüsse, Vorschriften, Polizeianordnungen, wie auch Kontrollen, Straf- und Vollzugsaktionen) voraus. Riecht das nicht nach «absolutem Staat», der die gewohnt freiheitliche Staatsordnung und die persönliche Freiheit des Bürgers einzuklammern droht?

Im weiteren tut man immer so, als ob die staatliche Gemeinschaft auf Dauer gesichert und auf alle Zeiten gut gefügt sei. Dabei ist es historische Tatsache, dass jedes Volk seinen inneren Zusammenhang immer wieder neu erarbeiten muss.

Und schliesslich ist die Demokratie eine Staatsform der Aussprachen, der Konsenssuche und des Mehrheitsentscheides. Sie kann nur existieren, wenn ein jeder – und dazu zähle ich «gewöhnliche Bürger» wie Politiker – sich auch mit dem Willen auf Verzicht des unbedingt Rechthabens oder auch Erzwingenwollens miteinfügt. Geht der tragende Gedanke des «Miteinander» verloren, droht in entfernter Dimension das Chaos.

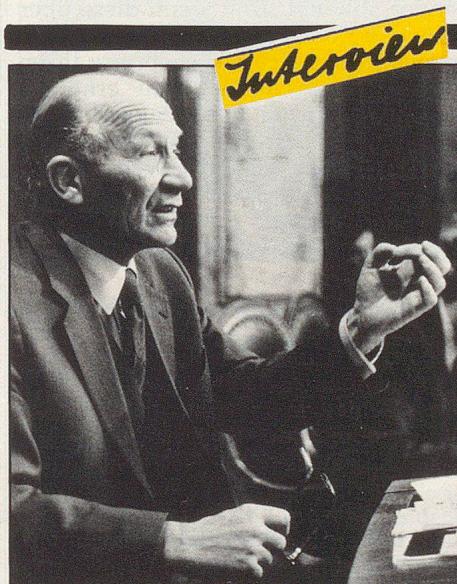
Geistesgeschichte: Die Frage nach der Sicherheit

Menschheitsgeschichte ist ein ununterbrochener Ablauf von Ereignissen und eine stete Abfolge von Bedingungen, die sich ebenso stetig verändern. Das lässt sich nicht mit einer Vollbremsung stoppen, und ebenso nicht die einmal eingeschlagene Richtung ohne Zeitverzug ändern. *Denn niemand kann die Welt ungestraft neu beginnen!* So kann ein Totalabbruch der heute erreichten Zivilisation nicht einfach «beschlossen» und eine Richtungsänderung «befohlen» werden.

Unter diesem Gesichtspunkt ist das Problem «Sicherheit der Kernkraftwerke» anzugeben. Es zeugt von fehlender geschichtlicher Einsicht, zu behaupten, Kernkraftwerke seien erst dann zu akzeptieren, wenn sie absolut sicher seien. *Diese Sicherheit gibt es nicht und wird es nie geben* – sie steht im Gegensatz zum Menschen als einem vom Schöpfer geschaffenen, unvollkommenen Wesen. Das Problem Sicherheit bei Kernkraftenergie ist in folgendem Sinne anzugehen: Herabsetzung (Minimierung) von Risiken und Heraufsetzung der Sicherheiten.

Ich meine schliesslich, Kernkraftpolitik ist nicht ausschliesslich Frage der Energiepolitik, auch nicht der Wirtschaftspolitik, noch der Staatspolitik – sondern all dieser Elemente zusammen. Es gibt weder ausschliessliche «Pro» noch «Kontras». Als «Relativist» meine ich, nur eine gesamtheitliche Schau kann zu einer weisen Lösung zum Wohle des Volkes führen.

(Gekürztes Votum, gehalten anlässlich der Tschernobyl-Sondersession vom 9. Oktober 1986) □



■ Herr Ständerat Muheim, Ihre Begründung zum Postulat «Ausstieg aus der Kernkraftenergie: Folgen für Wirtschaft, Gesellschaft und Staat» ist von beachtlicher Dichte und fordert damit den Berichterstatter zum Nachfragen:

■ Sie sprechen von «Verantwortungsvollem Handeln». Ist das eine politische Floskel, oder haben Sie eine genaue Vorstellung von solchem Handeln und damit eine Rechtfertigung für diese hohe Forderung?

Ich meine, dass jetzt der Moment da ist, wo man dem Volk nicht mehr Sand in die Augen streuen, noch Erwartungen wecken darf, man könne ohne irgendwelche Nachteile oder zumindest gewisse Änderungen in unserem heutigen Alltagsverhalten aus der Kernenergie

aussteigen. Man darf ihm auch nicht vorgaukeln, den einen Experten sei zu glauben, den andern nicht. Verantwortungsvoll handeln heisst nicht «Wahlen gewinnen» wollen oder sich ein attraktives Image verschaffen. Es heisst, einmal vor der Geschichte und damit unseren Nachfahren als ehrlich dastehen zu dürfen.

■ Sie sagen «wir alle». Was soll ich darunter verstehen? Kernkraft-Lobby, Anti-Kernkraft-Lobby, Politiker oder der Bürger «wie du und ich»?

Wir alle: das sind in erster Linie Bundesrat und Parlament. Also jene Verantwortlichen, die von Verfassung wegen die Leitung der öffentlichen Angelegenheiten anvertraut haben. Wir alle: das sind aber auch Wissenschaftler, Verantwortliche der Energiewirtschaft wie auch jede Hausfrau und Mutter, jeder Arbeiter, Landwirt, Industrielle, auch Lehrer und Verwaltungsangestellte, einfach alle Mitbürgerinnen und Mitbürger.

■ Sie fordern «Darstellung der wahren Situation»: was bezeichnen Sie damit?

Die «wahre Situation» darf man nicht verwechseln mit «absoluter Wahrheit» oder «Richtigkeit». Diese kann nämlich keiner geltend machen. Die «wahre Situation» ist nichts anderes als die Gesamtheit aller nur erdenklichen positiven und negativen Folgen eines allfälligen Kernkraftenergie-Ausstiegs, welche Lebensbereiche auch immer dies betreffen mag. Ich stelle mir ein voll-

Die «wahre Situation» darf man nicht verwechseln mit «absoluter Wahrheit» oder «Richtigkeit». Diese kann nämlich keiner geltend machen.

ständiges Mosaik vor, bei dem die einzelnen Teilchen das ganze Bild aufzegen. Der Bericht des Bundesrates soll sich als lückenloses Ergebnis sorgfältiger Abklärungen präsentieren.

■ Unter dem Titel «Wirtschaft» sprechen Sie von den «finanziellen Belastungen der Energiekonsumenten» und auch von den «Aufwendungen der öffentlichen Hand». Heisst das, dass jegliche Kosten für einen allfälligen Kernkraftenergie-Ausstieg einfach dem Bürger angelastet werden?

Es gilt der alte Grundsatz, dass irgend einer bezahlen muss. Das ist auch hier so – und heisst eigentlich: die «Gesamtheit der Bürger» bezahlt. Bei der Art der Bezahlung jedoch ergeben sich Unterschiede:

- Als Konsument von Energie bezahlt man höhere Tarife. Hier aber kann man seine Belastung selber durch Entscheide des Sparsens steuern.
- Als Steuerbürger speist man die öffentliche Hand.
- Als Empfänger von staatlichen Leistungen sieht man diese entweder verteuerzt oder auch abgebaut.
- Als Mann der Wirtschaft (Unternehmer) sieht man sich vor höheren Energiepreisen, damit vor gesteigerten Kosten und erhöhter Marktkonkurrenz, oder aber man hat Gewinneinbussen. Welch letzteres wiederum weniger Geld freisetzt für Forschung, Weiterentwicklung neuer Produkte usw.

■ Sie bezeichnen, Herr Ständerat, das Energieproblem der Schweiz als eng verknüpft mit dem Wohlstand der Bürger. Wie hoch, meinen Sie, darf man den Verzichtwillen des einzelnen einschätzen?

Ich glaube nicht, dass der Durchschnitt unserer Mitbürger am heutigen Wohlstandsniveau Abstriche gerne gefallen liesse. Viele Schweizer – wenn nicht die meisten! – glauben doch nach wie vor, dass auf die Risiken der Kernenergie verzichtet werden sollte, ohne in den andern Lebensbereichen den «Marsch zurück» antreten zu müssen. Diese Einstellung wird leider durch nicht wenige Politiker und auch durch

Fachleute massiv unterstützt. Hier liegen die zu Beginn unseres Gesprächs genannten unerfüllbaren Versprechungen oder hochgezüchteten Illusionen. Wenn man beispielsweise neueste Wünsche hört wie die Forderung nach Verkürzung der Arbeitszeit, dann der Ruf nach mehr Ferien, Erhöhung der Sozialrenten usw., dann kann man einfach nicht dran glauben, dass unser Volk zu einem Verzicht auf das heutige Wohlstandsniveau bereit sein würde.

■ Sie stellen auch die sehr nachdenklich machende Frage, ob man – für unser eigenes Wohl und unsere Sicherheit – aus der Kernenergie aussteigen und mangels anderer Möglichkeiten den Dritt-Welt-Ländern bedenkenlos weiterhin ihre Energiequellen wegnehmen darf?

Da gehe ich bewusst nicht vom ethischen Postulat der Nächstenliebe aus! Mit meinen Aussagen im Ständerat (in der Tschernobyl-Session) blieb ich fest auf dem Boden der schweizerischen Eigeninteressen. Es ist bestätigt, dass unser Lebensstandard von der Zunahme des Wohlstands der unterentwickelten Länder abhängt. Erst wenn diese über genügend Energie verfügen, können sie uns als neue Märkte dienen, um ihren eigenen Lebensstandard zu erhöhen. Wenn wir also von der Kernkraft abgehen und stattdessen weiterhin auf die Primärenergien der Dritt-Welt-Länder zurückgreifen, dann stehlen wir ihnen die notwendigen Energiegrundlagen für ihre eigene Entwicklung weg.

Wenn wir von der Kernkraft abgehen und weiterhin auf die Primärenergien der Dritt-Welt-Länder zurückgreifen, stehlen wir ihnen die notwendigen Energiegrundlagen für ihre eigene Entwicklung weg.

■ In unserem demokratischen Rechtsstaat werden die Dinge seit eh und je durch Gesetz und Verordnung geregelt. Was ist es, das Sie befürchten lässt, ein Mehr an Verordnungen und Gesetzen samt entsprechenden Kontrollen und auch Strafen setze die Freiheit der Schweizer in Gefahr?

Der Staat – und das habe nicht ich erfunden – muss mit Gesetzen, Massnahmen und Anordnungen die Existenz,

den Wohlstand und den Schutz der Bürger fördern. Doch leider zeigt schon das heutige politische Klima, dass sich immer mehr Mitbürger gegen die zunehmende Staatstätigkeit wenden. Es «passt» ihnen nicht mehr. Und meiner Ansicht nach ist tatsächlich ein kritischer Zustand erreicht. Das Risiko der «Rebellion des Bürgers gegen den Staat» ist nicht gänzlich von der Hand zu weisen. Ich meine daher, dass mit weiteren Vorschriften von Seiten des Staates – vor allem im sehr individuellen Bereich des Energieverbrauchs beziehungsweise Energiesparens – nur

Leider zeigt schon das heutige politische Klima, dass sich immer mehr Mitbürger gegen die zunehmende Staatstätigkeit wenden.

mit ausgewogenen Massnahmen vorgegangen werden darf. Ob das griffige Instrument «staatliche Befehle» dem Verschleiss an Energie wirksam entgegentreten kann, dürfte in Bälde bei einer Volksabstimmung unter Beweis gestellt werden.

■ Ich bin der Ansicht, die Schweiz sei ein wirklich festgefügtes Ganzes und bin sicher, dass mit mir viele Schweizer gleicher Auffassung sind. Nun ist von Ihnen zu hören, dass auch wir «den inneren Zusammenhalt immer wieder neu erarbeiten müssen»?

Im grösseren geschichtlichen Zusammenhang sehen wir, dass die Völker meist durch irgendwelche Gemeinsamkeiten zusammengehalten werden: Sprache, Gleichheit der ethnischen Abstammung, Gemeinsamkeit der Ideologie, Stammeszugehörigkeit usw.

Die Schweiz als ein Volk der verschiedenen Rassen, unterschiedlichen Sprachen und Religionen kann nur durch «bewussten Zusammenhalt» – also durch einen nationalen Willensakt – ihre Zukunft gewährleisten. Darum stellt sich uns das «Zusammenhalten» mit besonderer Nachdrücklichkeit.

Negativbeispiele in diesem Zusammenhang gibt es einige: denken Sie an das damalige österreichisch-ungarische Grossreich, das heutige Jugoslawien, das British Commonwealth; auch der Untergang der alten Eidgenossenschaft zur Zeit der Französischen Revolution gehört dazu und ebenso sehr der Zustand der Schweiz vor etwas mehr als 100 Jahren, unmittelbar vor der Staatsgründung... Wer all dies bedenkt, hat

allen Grund, sich in höchster Anstrengung für die politische Ausgewogenheit und eine verbesserte Akzeptanz der Staatstätigkeit durch den Bürger einzusetzen.

■ Würden Sie einen Kernenergie-Ausstieg als «Zurück» in gefährlichem Sinn einstufen?

Es geht keineswegs um die Frage, ob «Zurück» oder nicht. Unser ganzes Leben beweist, dass sich alles immer zu Neuem hin bewegt. Weder Wiederholung des Vergangenen noch Rückfindung früherer Zustände war je möglich. Die Erfahrung zeigt, dass sich sowohl privates Leben wie jenes von Staaten und Völkern im Wandel zu immer Neuem befinden.

Richtungsänderungen bei diesem Handel können sich in zwei Formen ausdrücken: der Revolution oder der Evolution. Revolution ist eine erzwungene Richtungsänderung mit fatalen Folgen. Fatal deshalb, weil sich die Revolution über das Gesetz des natürlichen, langsamem Wachstums und Werdens hinwegsetzt und unvermeidliche Zwänge bis sogar Zerstörung herbeiführt.

Bei der Evolution geht die menschengerechte und sachbezogene Veränderung schrittweise auf neue Ziele und in neue Richtungen. Sie zerstört das Bisherige nicht, nimmt jedoch neue Bedingungen und veränderte Erfordernisse auf. Mit einer schönen Kurve vergleichbar, schlägt sie keine «eckigen Winkel». So denke ich auch in Sachen Kernenergie: ich bezeichne den Sofort-Ausstieg als revolutionären Vorgang, der gewaltige Schäden und Nachteile für die Menschen und ihr Zusammenleben bringen würde.

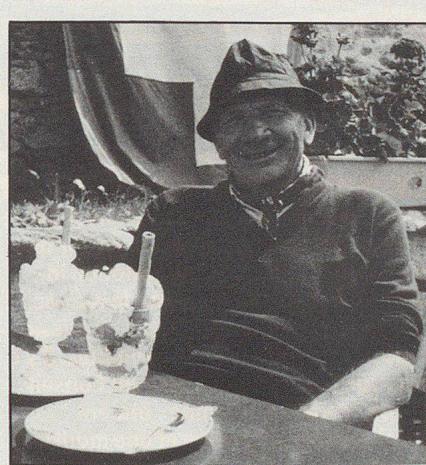
Was für uns «machbar» ist, darf zwar ganz allgemein nicht überschätzt, muss aber voll ausgenutzt werden.

■ Wie erklären Sie sich den hohen Anteil von Schweizerinnen und Schweizern, die für einen Ausstieg aus der Kernenergie plädieren?

Ich befürworte aber die evolutive Veränderung: Verbesserung und Ablösung der Kernkraft – und damit auch deren «unsicheren» Sicherheit – durch Energieformen von höherem technischem Standard.

Die Ausstiegsschwung ist nur zu verstehen, wenn man die Angst miteinbezieht. Kernkraft birgt Risiken, die weder spürbar noch «sehbar» sind. Das schafft extreme Unsicherheit, die durch gewisse Mächte zum Teil verantwortungslos gefördert werden. Also hat man Angst und will «aussteigen».

Völlig unverständlich ist in diesem Zusammenhang die Tatsache, dass die gleiche Volk jährlich Hunderte von Toten und Zehntausende von Verletzten als Opfer des Straßenverkehrs in Kauf nimmt, ohne den Ausstieg aus dem Straßenverkehr zu fordern, weder freiwillig noch auf staatlichen Befehl. Hier liegt ein besonderes Phänomen: wo der verstandesmässige Zugang zur Sache schwierig wird, nimmt das gefühlsmässige Reagieren (und Agieren)



Franz Muheim persönlich

Neben den Aufgaben, die dem Urner Rechtsanwalt – in der Urner OrtsSprache Fürsprech – Franz Muheim aus seinem Ständeratsmandat und der übrigen politischen Tätigkeit erwachsen, ist er unter anderem mit Führungsaufgaben in der schweizerischen Wirtschaft und in seinem Kanton betraut. So ist er Präsident des Verwaltungsrats der Schindler Holding AG (Aufzüge), Mitglied des Verwaltungsrats-Ausschusses des Schweizerischen Bankvereins, Leiter der Arbeitsgruppe für Energiefragen im Kanton Uri. Das ist ein kleiner, aber wichtiger Teil all der von Franz Muheim übernommenen Aufgaben, Verantwortungen und Engagements.

Man darf jedoch zufügen, dass der bekannte Urner nicht nur dem Leistungsprinzip unter Ausschluss von persönlichen Hobbies verfallen ist, weiß er doch bestens um die Wichtigkeit der dem Menschen notwendigen Erholungs- und Ruhephasen. Diese verbringt er persönlich – so seine Aussage – teils auf langen, einsamen Wanderungen in seinen geliebten steilen Urner Bergen und widmet sich dabei dem Sinnieren und Denken, denn «Denken lässt sich alleweil nicht delegieren»... Andernteils aber geniesst er auch liebend gerne gemütliche Gesellschaft zusammen mit Familie und Freunden und ist dabei einem süßen «Energiestoss» keineswegs abgeneigt.

überhand. Beide Komponenten, Gefühl und Verstand, gehören zum Menschen. Wo eine davon überhand nimmt, sind Fehlentwicklungen vorprogrammiert.

Alles muss auch in schweren Katastrophensituationen, die nicht auf kriegerische Ursachen zurückzuführen sind, verfügbar sein.

■ Wie steht es mit dem Verhältnis «Sicherheit und Risiko»? Verhält sich der Mensch von heute mehrheitlich risikofreudig oder sicherheitsstrebend?

Wahrscheinlich sind nur sehr wenige Menschen von innerem Drang her risikofreudig. Die grosse Mehrheit geht auf Sicherheit aus. Wenn einmal eine Gesellschaft den uns heute zustehenden Wohlstand erreicht hat, dann wird Sicherheit doppelt gross geschrieben. Man will nicht Risiken in Richtung Verlust des Besitzstandes eingehen. Daraus ergibt sich ein schier unlösbares Dilemma. Einerseits möchte der Mensch die Kernenergie-Risiken vermeiden, andererseits alles andere unverändert behalten.

■ Wie halten Sie es persönlich mit Risiko und Sicherheit?

Ich halte mich an die kurze Regel: So viel Risiko wie nötig und so viel Sicherheit wie möglich.

■ Welche Forderungen an das Zivilschutzkonzept ergeben sich Ihrer Ansicht nach aus dem Ereignis Tschernobyl?

Im Zivilschutz sind grosse Kräfte zusammengefasst: Männer und Frauen mit einer besonderen Ausbildung wie auch Bauten und Material. Das alles muss auch in schweren Katastrophensituationen, die nicht auf kriegerische Ursachen zurückzuführen sind, verfügbar sein. Dazu zähle ich auch Verstrahlung als Folge von Kernkraftwerk-Unfällen, von aus Irrtum abgeschossenen Kernwaffen usw. Auch fehlgeleitete chemische und biologische Entwicklungen, denen technische Mängel zugrunde liegen, gehören dazu – um nur einige Beispiele von Katastrophenlagen zu nennen. Auf sämtliche Unfälle solcher Art ist der Zivilschutz organisatorisch und einsatzmäßig bereitzustellen. Und in diesem Sinne ist er in seiner heutigen Bedeutung noch höher einzustufen.